

Welche Bedeutung hat die Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze?

Aus dem Bericht des Politbüros an das 10. Plenum des ZH der SED;
Berichterstatter Genosse Hermann Axen, Kandidat des Politbüros

Die Lage in Westdeutschland ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß die herrschenden imperialistischen Kreise alles daransetzen, um im Inneren sowohl die ideologischen als auch die machtpolitischen Bedingungen zur Verwirklichung ihrer aggressiven Außenpolitik zu schaffen. So wird der Bundestagswahlkampf von allen drei Bundestagsparteien im Zeichen des zügellosen Chauvinismus und Revanchismus und gesteigerter antikommunistischer Hetze geführt.

In der Berichtsperiode hat die Regierung Erhard den bisher massivsten Versuch unternommen, um mit der beabsichtigten Durchpeitschung der Notstandsgesetze die machtpolitischen Voraussetzungen im Inneren für die Vorbereitung eines neuen Krieges zu schaffen. Der Massenkampf der westdeutschen Friedenskräfte gegen die Notstandsgesetze ist zweifellos eines der wichtigsten Ereignisse in der Zeit seit dem 9. Plenum.

Der Kurs der Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen wurde auf dem Düsseldorfer Parteitag der Erhard-CDU programmatisch verkündet. Nadi der kriegshetzerischen Rede von Präsident Johnson vom 7. Mai, nach dem offenen Eintreten der SPD-Führer Erlen und Brandt für den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam hielten die Erhard, Barzel und Höcherl die Zeit für gekommen, um die Notstandsgesetze rasch im Bundestag zu verabschieden.

Wie Genosse Walter Ulbricht auf dem VII. Deutschen Arbeiterjugendkongreß nach-

gewiesen hat, wollte die Bonner Regierung die Notstandsgesetze unbedingt vor den Wahlen durchpeitschen, weil sie befürchtet, daß nach den Wahlen die CDU/CSU möglicherweise nicht mehr die stärkste Partei ist und es dann für sie noch viel schwerer sein würde, diese Notstandsgesetze und andere Kriegsvorbereitungen gegen die friedliebende Bevölkerung Westdeutschlands durchzusetzen.

In Kenntnis der Ablehnung der Notstandsgesetze durch breite Kreise der Bevölkerung schmiedeten Erhard und Barzel mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, von Kühlmann-Stumm, und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Erlen, ein regelrechtes Komplot, um die Bevölkerung zu überrumpeln.

Um jegliche öffentliche Debatte und jede öffentliche Auseinandersetzung mit den Millionen Gegnern der Notstandsgesetze zu vermeiden, fanden in rascher Folge mehrere geheime Beratungen des Klüngels Barzel, Erlen, Kühlmann-Stumm statt, in deren Verlauf hinter dem Rücken des Volkes die Fassung der Notstandsgesetze beraten und vereinbart wurde. Mit der Annahme der von Erlen vorgeschlagenen Änderungen sollte die Zustimmung der Bundestagsfraktion der SPD und damit die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Zerstörung des Grundgesetzes und zur Annahme der Notstandsverfassung erschlichen werden. Doch dieses abgekartete Spiel zur Täuschung der westdeutschen Bevölkerung mißlang. Es ist mißlungen, weil sich in den letzten Monaten